Titelthema

10 Jahre BUNDESPOLIZEI kompakt

Im August 2009 lief die erste Ausgabe der Bundespolizei *kompakt* vom Band. In neuem Layout und unter neuem Namen sollte sie seitdem die Mitarbeiter der Bundespolizei über Neuigkeiten informieren, über Wissenswertes unterrichten und mit kurzweiligen Storys unterhalten. Im Laufe der Zeit hat sich die Zeitschrift auch außerhalb der Bundespolizei als feste Größe etabliert. Die Redaktion der *kompakt* hat das zehnjährige Jubiläum genutzt, um einige ausgewählte Titelthemen der vergangenen Jahre aufzugreifen, aufzuarbeiten und mit dem heutigen Stand zu vergleichen. Herausgekommen sind zehn interessante, unterhaltsame und spannende Artikel. Die Ergebnisse lesen Sie auf den folgenden Seiten.

60
Ausgaben

63
Redakteure

972
Beiträge

118
veröffentlichte Leserbriefe

2 852
gestaltete Seiten

31 828 320
gedruckte DIN-A4-Seiten

669 600
gedruckte Exemplare

119 164
Gesamtgewicht (kg)

9 600
verschickte Pakete

12 360
Exemplare im Einzelversand

Es sind mehr geworden ...

Gewalt gegen Polizeibeamte

Von Chris Kurpiers

Das Titelthema der ersten Ausgabe der kompakt vor zehn Jahren beschäftigte sich mit der Gewalt gegen Polizeibeamte unter der Überschrift „Und plötzlich flogen Steine ...“.

Wie ist die Situation heute? Fliegen die Steine immer noch? Sind es mehr geworden? Sind sie größer? Treffen sie härter oder unverhofft? Tun sie mehr weh? Oder ist Gewalt gesellschaftsfähig geworden und wird von den „Werfern“ und Befürwortern als Meinungsfreiheit gesehen?

Während ich diesen Beitrag schreibe, dominiert das Attentat auf den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke die Nachrichten. Politiker und Ehrenamtliche berichten von massiv gestiegenen Anfeindungen, Hassbotschaften, Morddrohungen und körperlichen Übergriffen. Der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung äußert sich in diesem Zusammenhang: „Es kann nicht sein, dass Angst, Hass und Gewalt zur Normalität des politischen Alltags werden. … Hass und Angriffe auf die Menschenwürde dürfen nicht zur Normalität werden.“

Nein, das kann und darf nicht sein, dass es im politischen Alltag so ist. Im polizeilichen Alltag ist es aber längst Realität. Für uns Polizisten, als Vertreter des Staates, ist es erschreckender Weise zur Normalität geworden – Hass, Drohungen, Gewalt.

Verrohung der Gesellschaft

Es beginnt bei dem Wort „Bulle“. War es früher eine Beleidigung, hat es sich heute in den Sprachgebrauch integriert. Wurde früher der Polizeiuniform und des Menschen darin respektvoll begegnet, ist es heute an vielen Orten ein Spießrutenlauf, sich in Uniform zu bewegen. Schlagworte wie Verrohung der Gesellschaft, steigende Respektlosigkeit, sinkende Hemmschwellen treten in öffentlichen Diskursen nahezu inflationär auf. Wer diese, auch vor zehn Jahren schon steigende Tendenz an Gewaltbereitschaft in erster Linie spürt, sind wir Polizisten.

Als Höhepunkt der Gewalt-Eskalation gilt wohl der G20-Gipfel in Hamburg 2017. Bei bürgerkriegsartigen Szenarien wurden allein 365 Bundespolizisten angegriffen und 87 von ihnen verletzt. Ein Novum ist die Gewaltorgie indes nicht, eher sind es die Übergriffe während des alltäglichen Dienstes auf die Kontroll- und Streifenbeamten, die beunruhigen.

Übergriffe mit Messern nehmen zu.

Angriffe sind gestiegen

Waren es im Jahr 2009 noch 1 555 angegriffene Bundespolizisten, wurden 2018 mehr als 2 300 registriert – davon 1 709 im Streifendienst. Betrachtet man die Zahlen des Bundeslagebildes Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte (PVB) 2018 vom Bundeskriminalamt, wird diese erschreckende Entwicklung noch klarer. Die Zahl der Angriffe auf PVB als Geschädigte erfuhr erneut eine Steigerung um sieben Prozent auf 79 598 Delikte. Diesem deutlichen Anstieg von Widerständen gegen und tätliche Angriffe auf die Staatsgewalt von 2017 auf 2018 ist auch mit der Einführung des Tatbestandes des tätlichen Angriffes gemäß § 114 Strafgesetzbuch geschuldet. Gleichzeitig stieg auch die Anzahl der PVB, die als Opfer registriert wurden, deutlich an – ebenfalls eine Folge des neuen Straftatbestandes.

Angriffe auf Polizisten sind gestiegen.

Gegenmaßnahmen

Die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit der zunehmenden Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung muss intensiviert werden. Staatsdiener dürfen nicht Opfer radikaler, durch Verletzung der körperlichen Unversehrtheit begleiteter Meinungsäußerungen werden. Bestmögliche Ausbildung und Ausrüstung der Beamten bilden die Grundlage für eine kompetente und verhältnismäßige Bewältigung der durch Gewalt geprägten Situation im Berufsalltag. Unverzichtbar ist eine Fortsetzung der gesellschaftspolitischen Bemühungen, eine Verbesserung des respektvollen Umgangs zwischen Bürgern und der Polizei zu erreichen und damit zunehmender Radikalisierung entgegenzuwirken.[1]

Politische Signale, wie die Kampagne des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat „Für ein sicheres Deutschland“, die für mehr Respekt gegenüber Polizisten und Rettungskräften sensibilisieren soll, wirken hoffentlich. Die Heraufsetzung des Strafmaßes bei Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ist begrüßenswert, eine Ausschöpfung desselben wünschenswert.

Die Einstellungsoffensive und die dringend erwarteten neuen Kollegen sind ein Segen. Die uns zur Verfügung gestellte Schutzausstattung entspricht den Grundanforderungen, ist jedoch ausbaufähig. Die Überlegung der ständigen Einrichtung von Waffenverbotszonen ist folgerichtig, ebenso die Verlängerung des Trainings für Lebensbedrohliche Einsatzlagen auf nun acht Tage im Jahr, auch wenn dies von allen Mitarbeitern organisatorische Höchstleistungen fordert, insbesondere im Wechselschichtdienst. Bodycams können dazu beitragen, dass Täter von Übergriffen ablassen, wenn sie beweiskräftig videografiert werden. Videoüberwachungen an öffentlichen, gefährdeten Orten lassen entstehende Gewalt frühzeitig erkennen.

Unterm Strich breitet sich die Gewissheit aus, dass eben nicht nur „der Stift“ oder „das Wort“ die einzige Waffe eines Polizisten sind.

[1] *Quelle: Bundeslagebild*

Castortransporte

Eine Geschichte mit ungewissem Ausgang

Einsatzkräfte räumen eine Straßenblockade. *Die Proteste gegen die Castortransporte waren nicht immer gewaltfrei.*

Von Ronny von Bresinski

Fast zwei Jahrzehnte bestimmten sie die Jahresplanung der Bundespolizei und der Polizeien der Länder. Entweder im Frühjahr oder im Herbst rollten Castortransporte[1] nach Gorleben. Mal nur einer, mal gleich zwölf. Auf ihrem Weg ins Wendland fuhren sie, begleitet von starken Protesten, quer durch die Bundesrepublik. Das bedeutete Großeinsatz für die Bundespolizei.

Seit 1973 ist man in Deutschland auf der Suche nach einem geeigneten Endlager für hochradioaktive Abfälle. Nach der Prüfung mehrerer Standortalternativen wurde 1977 Gorleben durch die Niedersächsische Landesregierung als Ort für ein mögliches Endlager bestimmt. Der Salzstock unter dem Ortsteil Gorleben-Rambow schien nach Ansicht der Experten dafür geeignet. Daher begannen im Jahr 1979 die Erkundungen. Mit ihnen sollte ermittelt werden, ob der Salzstock als atomares Endlager geeignet wäre.

Bildung von Protestgruppen

In der Bevölkerung stieß das Vorhaben auf breite Ablehnung. Es bildeten sich äußerst aktive Protestgruppen, wie die Bäuerliche Notgemeinschaft. Bereits 1977 nahmen etwa 12 000 Menschen an einer Großkundgebung in Gorleben teil.

Dennoch wurde im Januar 1982 mit dem Bau eines Zwischenlagers in Gorleben begonnen. In diesem sollten die radioaktiven Abfälle bis zur Endlagerung zwischengelagert werden. Das Zwischenlager wurde schon 1983 fertiggestellt, ging aber erst 1995, nach langen juristischen Auseinandersetzungen, in Betrieb.

Der erste Castortransport fuhr im April 1995 vom Atomkraftwerk Philippsburg (Baden-Württemberg) ins Wendland. Insgesamt 13 Transporte gab es in den Jahren 1995 bis 2011 ins Wendland.

Neue Einsatzverfahren

Die Einsatzmaßnahmen zum Schutz des Transportes, insbesondere der letzten Kilometer der Strecke, begannen bereits viele Monate vor dem eigentlichen Termin. Streckenschutz und Objektschutz von gefährdeten Objekten, rund um die Uhr, monatelang. Dennoch gab es im Vorfeld der Transporte immer wieder Anschläge auf die Strecke. Es wurden trotz Bahnbetriebs Schienenstücke herausgesägt, Wurfanker in die Oberleitung geworfen, Brücken in Brand gesetzt, Funkmasten zerstört und Bahndämme unterspült.

Die Proteste stellten die Einsatzkräfte vor immer neue Herausforderungen. Ankettaktionen, Treckerblockaden oder auch Kletter- und Abseilaktionen waren die Geburtsstunden von besonderen Einsatzverfahren und -taktiken, aber auch von TMHT[2]-Einheiten. Bislang einzigartig war die Führung der Einsätze, denn es gab eine gemeinsame Einsatzleitung der Bundespolizei und der Polizei Niedersachsen.

Mehr als 20 000 Polizisten begleiteten 2011 den bisher letzten Transport, 8 000 allein von der Bundespolizei. Untergebracht waren sie in alten Kasernen oder in Containerdörfern, einige wenige auch in Hotels oder Pensionen.

An den eigentlichen Transporttagen gab es unzählige Proteste. Von friedlich und kreativ bis gewalttätig und brutal. Polizisten wurden mit Steinen beworfen, mit Gülle bespritzt. Streifenwagen wurden in Brand gesetzt.

Im November 2012 wurde die Erkundung im Salzbergwerk Gorleben vorerst gestoppt. Im Juli 2013 trat das Standortauswahlgesetz in Kraft. Die Erkundung in Gorleben war damit beendet. Der Bund muss bis zum Jahr 2031 transparent und ergebnisoffen nach einem Standort für ein deutsches Endlager suchen. Dies könnte aber auch Gorleben sein.

[1] Castor ist die Abkürzung für „cask and storage of radioaktive material", also Transport und Aufbewahrung von radioaktivem Material.

[2] TMHT: Taktisch-technische Maßnahmen in Höhen und Tiefen

„Näher als die Polizei erlaubt"

Liebe am Arbeitsplatz

Von Benjamin Fritsche

Im Jahr 2011 bot die kompakt Platz für ganz große Gefühle. Das Titelthema der Ausgabe 01 „Küssen verboten? – Wenn's am Arbeitsplatz funkt" hielt, was es versprach. Es wurden sechs Pärchen vorgestellt, die sich während der Arbeit kennen und lieben gelernt hatten. Einige von ihnen sind heute leider nicht mehr zusammen. Andere dagegen scheinen ihr Glück gefunden zu haben. Die kompakt hat ein Paar wiedergetroffen.

Unter der Überschrift „Näher als die Polizei erlaubt" lernten wir damals Anna Theuring und Oliver Krainer kennen. Beide entdeckten 2007, während ihrer gemeinsamen Zeit am Frankfurter Flughafen, Gefühle füreinander. Vier Jahre später hatten sie große Zukunftspläne. Sie sollten am liebsten in Annas mitteldeutscher Heimat in Erfüllung gehen.

Stattdessen sind die beiden nun bei Oliver in Nordhessen sesshaft geworden. Nach einigen Zwischenstationen arbeitet Anna heute für die Direktion Bundesbereitschaftspolizei in Fuldatal. Oliver ist Mitglied der Koordinierungsstelle E-Learning[1] im Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Eschwege. Wenn es die Arbeit zulässt, kann er an manchen Tagen auch ein Büro in Fuldatal beziehen.

Im Gegensatz zu 2011 gibt es diesmal ein gemeinsames Foto von Anna und Oliver Krainer.

Auch privat haben die beiden weiter zueinander gefunden. Nach der Hochzeit und einem gemeinsamen Haus machte die heute zweijährige Tochter das Familienglück perfekt. „Ihr kleines herzliches Lachen erfreut uns jeden Tag", sagt Anna sichtlich gerührt. Arbeit und Kind unter einen Hut zu bekommen ist dabei nicht immer einfach. Beide profitieren von Annas Teilzeit und Angeboten wie dem mobilen Arbeiten oder dem Eltern-Kind-Arbeitsplatz. „Unsere Vorgesetzten machen uns sehr viele Zugeständnisse. Ihnen haben wir wirklich viel zu verdanken", sind sich beide einig.

„Es war unser erstes gemeinsames Weihnachten"

Über den Artikel von 2011 können sie heute dagegen nur schmunzeln. „Ich habe damals gerade in Lübeck den Aufstieg gemacht und Anna war in Frankfurt", erzählt der heute 41-jährige Oliver. „Alles musste so schnell gehen, dass wir nicht einmal ein gemeinsames Foto machen konnten." Auch dass es während einer Nachtschicht zu Weihnachten plötzlich zwischen ihnen gefunkt hatte, war nicht die ganze Geschichte. Tatsächlich sind beide schon vorher immer zusammen zum Dienst gefahren und hatten private Treffen. „In der besagten Nachtschicht gab es so viel zu tun, dass eigentlich gar keine Zeit für etwas Anderes war", erinnert sich die heute 35-jährige Anna. „Dennoch war es unser erstes gemeinsames Weihnachten."

Ein wirkliches Rezept für eine Beziehung zwischen Kollegen haben die beiden nicht. Oliver empfiehlt, die Arbeit auf der Dienststelle zu lassen und sich zu Hause mehr über die privaten Gemeinsamkeiten zu unterhalten. Auch sollte man sich nicht im gleichen Bereich einsetzen lassen. Anna sieht keinen Unterschied zu anderen Beziehungen. „Am wichtigsten ist ein ehrlicher und offener Umgang miteinander. Man sollte zudem auch die gleichen Interessen teilen", sagt sie. Am Ende betonen beide, dass es trotz Haus und Familie wichtig sei, sich auch Zeit für Zweisamkeit zu nehmen.

[1] kompakt berichtete in der Ausgabe 04|2018

Nach dem Ende der Großdemonstrationen

Neues von Stuttgart 21

Von Benjamin Fritsche

Es ist eines der größten und umstrittensten Verkehrsprojekte Deutschlands. Spätestens seit dem Baubeginn von Stuttgart 21 im Jahr 2010, war die gleichnamige Baustelle in aller Munde. Großdemonstrationen in und um den Bahnhof beschäftigten jahrelang auch die Bundespolizei. Im Februar 2012 widmete sich die kompakt der Situation vor Ort und schilderte das Verhältnis zwischen Einsatzkräften und Demonstranten. Und heute?

[1] *Der 30. September 2010 – Räumung des Schlossgartens – ging als „Schwarzer Donnerstag" in die Geschichte ein.*

25 Jahre nach Planungsbeginn: Blick auf eine der größten Baustellen Europas

Mittlerweile ist es um den Hauptbahnhof der baden-württembergischen Landeshauptstadt ruhiger geworden. Die großen Protestveranstaltungen sind verschwunden und nur noch wenige Demonstranten suchen das Bahnhofsumfeld auf. Das brachte auch Erleichterung für die Kollegen der Bundespolizeiinspektion Stuttgart. Gemeinsam mit Einsatzkräften der Bundespolizeiabteilungen und der Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheiten standen sie damals in der vordersten Reihe. Ein Zusatzdienst folgte dem nächsten.

In der Anfangszeit entspannte sich die Situation in Stuttgart nur langsam. Eine Schlichtung durch den ehemaligen Bundesminister Heiner Geißler als Vermittler verhalf jedoch zu einer höheren Akzeptanz in der Bevölkerung. Gleiches galt für eine positive Volksabstimmung.

2012

Erst ab 2013 konnten die Sondereinsätze immer weiter verringert werden. Zwei Jahre später waren sie nicht mehr notwendig. Vergessen ist das Projekt dennoch nicht. Viele Kollegen im Streifendienst haben diese Zeit miterlebt und sind dadurch besonders sensibilisiert. Zudem halten widerkehrende Veranstaltungen, wie der Jahrestag des „Schwarzen Donnerstags"[1], die Erinnerungen wach.

Nachdem die Einsatzlage gewichen war, wurden andere Herausforderungen für die Bundespolizei mit Stuttgart 21 offensichtlich. Ein neuer Bahnhof bedeutet auch, dass neue Konzepte und Abläufe erarbeitet werden müssen. Fragen zu Zuständigkeiten gilt es genauso zu klären, wie mögliche Absperrradien und Zugriffsmöglichkeiten im Notfall.

Zudem beschreibt der Begriff Stuttgart 21 nicht nur den Um- und Neubau des Bahnhofsgebäudes. Weitere Projekte im Stuttgarter Eisenbahnknoten werden den Zuständigkeitsbereich der örtlichen Bundespolizeiinspektion enorm verändern. Abstellgruppen und Bahnstrecken verschwinden, neue Tunnel, Bahnhöfe und sogar ein Stadtteil sollen entstehen.

Zurzeit nimmt der neue Tiefbahnhof in der riesigen Baugrube neben den Bahnsteigen langsam seine Form an. Bereits 2018 konnte die Bundespolizei gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG die Standorte der zukünftigen Videoüberwachungskameras festlegen. Auch der Umbau des nach seinem Architekten Paul Bonatz benannten Empfangsgebäudes soll 2020 beginnen. Dort soll das Bundespolizeirevier Stuttgart einziehen, was ebenfalls erhebliche Vorarbeiten voraussetzt.

Aktuell wird angenommen, dass das Großprojekt Stuttgart 21 im Jahr 2025 abgeschlossen werden kann. Für den Namen spielt das übrigens keine Rolle. Die Zahl bezieht sich nicht auf das Jahr, sondern auf das Jahrhundert der Fertigstellung.

Polizei und Medien

Was hat sich getan seit 2013?

Medienvertreter begleiten Durchsuchung der Bundespolizei.

Von Bianca Jurgo

Nach wie vor kommt der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei eine hohe Bedeutung zu. Vielleicht heute sogar mehr denn je. Die Medienlandschaft als solche verändert sich immer noch in einem rasanten Tempo.

Ständig folgen neue Kommunikationsplattformen. Die sozialen Netzwerke haben schon lange den Markt erobert. Wichtige Botschaften und Nachrichten werden fast zeitgleich mit dem eigentlichen Ereignis online publiziert. Es gibt kein Tagesblatt mehr, das nicht auch online um die Aufmerksamkeit seiner Leser buhlt. Dabei werden Informationen der Schnelligkeit wegen oft unkritisch und eins zu eins transportiert.

Dass diese Entwicklung die einsatzbegleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei nicht gerade erleichtert, mag man sich wohl vorstellen können. Bedingt durch die sozialen Netzwerke hat sich aber nicht nur die Geschwindigkeit der Informationsweitergabe verändert. Nun kommt auch ein bislang eher unsichtbarer Dritter ins Spiel, einer, der bis vor nicht allzu langer Zeit abhängig war von Journalisten und Zeitungen – nämlich der Bürger selbst. Jeder Bürger ist inzwischen in der Lage, aktuelle Informationen nicht nur rasend schnell zu konsumieren, sondern diese und andere Informationen an eine breite Öffentlichkeit weiterzugeben und auch selbst zu kommentieren – und das manchmal sehr kritisch und unverblümt. In seinen Tweets und Kommentaren liebt, hasst und verurteilt er. Er gibt sich nicht mit halben Informationen oder langatmigen Beantwortungsprozessen ab. Er fordert und ist interessiert. An Regeln hält er sich trotz Hinweis auf die Netiquette[1] nur selten.

Neue Möglichkeiten

Die heutige Herausforderung für die Polizei besteht darin, sich selbst darauf einzulassen, die sozialen Netzwerke als allgemeines und taktisches Kommunikationsmittel wahrzunehmen und dabei zielgenau zu nutzen. Jede Direktion führt zu diesem Zweck mittlerweile einen eigenen Twitterkanal mit tausenden Followern. Facebook und Instagram stehen in den Startlöchern und werden für die Nachwuchswerbung schon erfolgreich genutzt. Eine besondere Bedeutung kommt dem Aufbau der Community zu, was fortlaufende Interaktionen mit dem Bürger erfordert. Denn wer keine Follower hat, wird im Einsatz auch niemanden mit seinen Botschaften erreichen. Hierbei ist Storytelling gefragt, also Geschichten über unsere Beamten als nahbare Polizisten von nebenan; über den pfiffigen Diensthund bei seiner Arbeit bis hin zum Tag der Statistik. Alles dienlich, um eine breite Followergemeinde zu gewinnen.

Denn am Tag X, handle es sich um einen Fußballeinsatz oder um ein nicht vorhersehbares Schadensereignis, entscheidet auch die Community über Erfolg oder Misserfolg des polizeilichen Einsatzes. Social Media ist damit nicht nur eine Liebelei mit Cat Content und Bucket Challenge, sondern eine knallharte Investition in den nächsten bevorstehenden Einsatz.

[1] *Netiquette: Kunstwort aus dem englischen Wort „net" für das „Netz" und dem französischen Wort „etiquette" für die „Verhaltensregeln"*

2013

Herzrasen

Arbeitsbelastung an der Grenze

Von Rainer Scharf

Ob der Puls bei der Bundespolizei in Rosenheim noch schneller schlägt? 2014 wurde dieses Bild gewählt, um die Arbeitsbelastung der Bundespolizisten an der deutsch-österreichischen Grenze zu umschreiben. Was sich dort in den darauffolgenden Jahren grenzpolizeilich ereignet hat, war wohl nicht vorhersehbar.

Hätte man die Ereignisse vom damaligen Standpunkt aus für absurd halten können? Bleiben wir bei den Fakten: Bis 2017 verfügte die Bundespolizeiinspektion Rosenheim gemäß Organisations- und Dienstpostenplan über etwa 550 Mitarbeiter. Diese waren für einen Abschnitt von rund 650 Kilometern grenzpolizeilich zuständig. Heute stehen der Inspektion, die nunmehr für einen etwa 200 Kilometer langen Grenzabschnitt zwischen Chiemsee und Zugspitze verantwortlich ist, planmäßig rund 450 Stellen zur Verfügung.

Was ist jenseits dieser Neustrukturierung seit 2014 geschehen?

Bereits im Juli 2015 wurde in der Rosenheimer Dienststelle eine sogenannte Bearbeitungsstraße eingerichtet. Eine zweckentfremdete Sporthalle diente zu registrierenden Migranten durchgängig als Wartebereich.

Aus der Perspektive der Grenzkontrollkräfte: der Verkehr auf der Inntalautobahn

Als Provisorium seit 2015 in Betrieb: die Kontrollstelle auf der Autobahn 93

Mit dem 15. September 2015 kam – quasi über Nacht – die Wiedereinführung der provisorischen Grenzkontrollen und mit diesen eine „Besondere Aufbauorganisation“ inklusive der personellen Unterstützung durch Dienststellen und Einheiten aus ganz Deutschland. Bald schon gab es die kontingentweise Zuführung von Migranten, einen weiteren Wartebereich in einem leerstehenden Möbellager in Freilassing sowie Zelte und Container am Rosenheimer Bahnhof und an der Saalbrücke in Freilassing. Die Arbeit des „erfahrenen Fahnders“ war jedenfalls kaum mehr gefragt. Das Rosenheimer Stammpersonal war lange Zeit vor allem auf die Vorgangsbearbeitung in der Dienststelle fokussiert. Viele der früheren Grenzfahnder, die zwischen 2014 und 2016 Außergewöhnliches geleistet hatten, haben inzwischen andere Funktionen übernommen oder die Inspektion verlassen. Nun sorgen besonders die starken Ausbildungsjahrgänge für einen großen Zuwachs junger Kolleginnen und Kollegen.

Wie verhält es sich nun mit dem Puls in Rosenheim?

Wer sollte darüber noch Auskunft geben können? Die „frühere“ Rosenheimer Inspektion gibt es so nicht mehr. Angesichts der Ereignisse der vergangenen Jahre erscheint es nicht abwegig, eine schonungslose Diagnose zu stellen: Der Puls, der schneller schlug, ist wohl zum Herzrasen geworden. Herzrasen mag als eine normale Reaktion auf Belastung gewertet werden. Auf Dauer führt dieser Zustand aber zu dem, was die „alte“ Inspektion erlitten haben dürfte: einen Herzinfarkt.

In fünf Monaten zum Wirkbetrieb

Inspektion Deutsche Bundesbank erneut vor Herausforderungen

Von Robert Herchert und Bianca Jurgo

Im Juni 2015 berichtete die kompakt über den Aufbaustab der Bundespolizeiinspektion Deutsche Bundesbank (BPOLI DBBK) in Frankfurt am Main. Seitdem hat sich viel getan. Am 1. Juli 2015 konnte die Inspektion DBBK mit 87 Polizeivollzugsbeamten wie geplant den Betrieb aufnehmen.

Die BPOLI DBBK ist eine von sieben Inspektionen der Bundespolizeidirektion Koblenz mit derzeit 211 planmäßigen Dienstposten. Mit der Einrichtung der Inspektion wurde der Sicherheit der Zentrale der Deutschen Bundesbank und des angeschlossenen Rechenzentrums und damit dem Schutz der kritischen Infrastruktur des Zahlungsverkehrs Rechnung getragen. Drei Zugänge gibt es zum Gelände mit einem Gesamtumfang von 1 500 Quadratmetern. Rund 2 000 Mitarbeiter und Besucher passieren tagtäglich die Einlasskontrollen der Bundespolizei.

Bereits 2017 wurde die Verlagerung der Goldreserven nach Frankfurt am Main abgeschlossen. Seither befinden sich 1 710 der insgesamt 3 374 Tonnen Gold in diesem Schutzobjekt, das sind 50,7 Prozent der deutschen Goldreserven. Das Rechenzentrum der Deutschen Bundesbank gewährleistet den globalen Austausch von hochsensiblen, digitalen Daten im internationalen Zahlungsverkehr.

Viel Verantwortung

Mit dem Schutz der Goldreserven und des Rechenzentrums tragen die Bundespolizisten ein hohes Maß an Verantwortung bei ihrem täglichen Dienst. Besonders wenn man bedenkt, dass Störungen des Rechenzentrums unabsehbare Folgen für die weltweiten Finanzmärkte nach sich ziehen könnten.

Der ehemalige Aufbaustab ist zufrieden mit der Umsetzung der einst geplanten Maßnahmen. Jürgen Geißler, Leiter des Aufbaustabes und der Inspektion DBBK, befindet sich mittlerweile im Ruhestand. Seine einstige „rechte Hand“, Uwe Rohland, der die Projektarbeit maßgeblich mitgetragen hatte, leitet nach wie vor stellvertretend die Geschicke der Inspektion.

Umbau geplant

Nach mittlerweile vier Jahren Wirkbetrieb ist sich Rohland sicher, dass die Bundespolizei aufgrund ihrer professionellen Arbeit bei der Deutschen Bundesbank eine hervorragende Reputation hat und hier einfach nicht mehr wegzudenken ist.

Derzeit plant die Deutsche Bundesbank das Projekt Campus und meint damit einen großflächigen Umbau. Die Anzahl der Beschäftigten soll sich um 2 500 Mitarbeiter erhöhen. In die Prozesse der Neugestaltung und der Sicherung während des Bauvorhabens ist die Bundespolizei bereits fest eingebunden – eine weitere Herausforderung in taktischer und personeller Hinsicht.

Deutsche Bundesbank in Frankfurt am Main – hier lagern 1 710 Tonnen Gold.

Rückführungen

Was hat sich verändert, was nicht?

Von Christian Köglmeier

In den Jahren 2015 und 2016 war der Ruf nach mehr Rückführungen in großen Teilen von Politik und Bevölkerung immer lauter geworden. Das Thema rückte stärker in den Fokus der Öffentlichkeit. In der Ausgabe 04|2016 hatte die kompakt Rückführungen beleuchtet. Ein erfahrener Personenbegleiter Luft (PBL) hatte ausführlich von einem Sammelcharter, seinen Erfahrungen, Erlebnissen und Gefühlen berichtet.

Hat sich die Situation seither verändert? Nicht wirklich! Oder aber auch sehr!

Das Thema hat an Brisanz nicht verloren. Bundespolizisten stehen weiterhin im Mittelpunkt. Unter den Ausreisepflichtigen sind nach wie vor Straftäter, aber eben auch Familien mit Kindern und junge Menschen, die über mehrere Jahre in Deutschland gelebt haben. Die Flugfrequenzen sind weiter hoch. Die Anforderungen an die PBL, an ihre soziale Kompetenz und ihr Empathievermögen sind wahrscheinlich noch höher. Politik und Gesellschaft diskutieren wild und kontrovers. So könnte man resümieren, dass sich nicht allzu viel verändert hat.

Viele Flüge, wenig Personal

Andererseits hat sich sehr viel verändert. Ist man bis 2016 hauptsächlich in Richtung Balkan unterwegs gewesen, ist es nun Afghanistan oder Pakistan. Zudem sind Ziele in Afrika stark nachgefragt. Auch für Rücküberstellungen nach der Dubliner Verordnung wurden zwischenzeitlich häufig Sammelmaßnahmen genutzt. Ebenso Kleinchartermaßnahmen nehmen deutlich zu.

Da es in der Vergangenheit immer wieder zu Personalknappheit gekommen war, wurde 2018 eine Rekrutierungs- und Ausbildungsoffensive gestartet. So soll die Zahl der PBL in absehbarer Zeit von etwas mehr als 1 200 auf 2 000 steigen. Zeitgleich wurden die strengen Vorgaben zeitlich befristet gelockert, um auch geeignete Nicht-PBL zur Begleitung von Sammelrückführungen einzusetzen. Mit Ablauf des 30. Juni 2019 ist diese Ergänzung jedoch wieder aufgehoben. Auch die Polizei- und Ausländerbehörden der Länder, beginnend mit Nordrhein-Westfalen, Hessen, dem Freistaat Bayern sowie Brandenburg, setzen jetzt auf eigene Begleiter.

Die Aggression nimmt zu

Die Auslastung der Flüge aber lässt zu wünschen übrig. Sehr oft bleiben Plätze in den Maschinen leer, werden gebuchte Rückzuführende erst gar nicht zugeführt. Diejenigen, die dann da sind, sind häufig äußerst aggressiv. Die Angriffe auf die Beamten nehmen merklich zu, Verletzungen bleiben nicht aus. Schlagen, Beißen, Spucken und das sogenannte Einkoten sind an der Tagesordnung. All dies belastet die Kollegen sicherlich nicht nur körperlich.

Unter diesen Vorzeichen wird sich zeigen, ob die bereits vorgenommenen und anstehenden Verbesserungen der Rahmenbedingungen für PBL greifen. Vor allem die im aktuellen Entwurf der Erschwerniszulagenverordnung genannten Zulagen für die Begleitung von Rückführungsflügen können die Aufgabe attraktiver machen.

2016

Die Anzahl der Rückführungen ist weiterhin hoch.

Ein Einsatz mit Nachwirkungen

G20-Gipfel in Hamburg

Die Gewalt der Straftäter war nahezu grenzenlos.

Von Ronny von Bresinski

Erstmals seit Genua 2001 sollte ein Gipfel dieser Größenordnung wieder in einer Großstadt der westlichen Welt stattfinden. Erstmals wollten die Verantwortlichen, dass dem Protest auch Gehör verschafft wird. Eine Chance für die Demokratie, aber auch eine große Herausforderung für die Polizei. Es sollte der größte Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik werden.

Der G20-Einsatz in Hamburg liegt nun mehr als zwei Jahre zurück. Aber die Bilder und die Erinnerungen an die Ereignisse werden viele Kollegen bis heute nicht aus dem Kopf bekommen, ob sie nun unmittelbar vor Ort im Einsatzgeschehen waren oder entsetzt und in einem Gefühl der Hilflosigkeit auf den Bildschirm starrend die Geschehnisse verfolgten.

Während in der Elbphilharmonie die Staats- und Regierungschefs der 19 wichtigsten Wirtschaftsnationen und der Europäischen Union den Klängen des Orchesters lauschten, wurden draußen unsere Kollegen durch Straftäter aus der ganzen Welt angegriffen. Drinnen dirigierte Stardirigent Kent Nagano die „Ode an die Freude", draußen flogen Flaschen und schwere Pflastersteine auf Einsatzhelme und Molotowcocktails in Streifenwagen. Bewusstlose Polizisten wurden nach Angriffen von ihren Kollegen aus dem Steinhagel rausgeholt.

Tausende Gewalttäter hatten sich vorbereitet. Mit Sturmhauben, Präzisionsschleudern, Stahlkugeln und präparierten Feuerlöschern bewaffnet, plünderten sie Drogeriemärkte und steckten Fahrzeuge von Anwohnern in Brand. Sie stellten die vielen friedlichen Proteste ins Abseits und waren dafür verantwortlich, dass nicht die gewaltfreien Versammlungen mit Zehntausenden die Aufmerksamkeit bekamen, sondern die brutalen Ausschreitungen weniger.

Polizisten gelang in den Gipfeltagen das fast Unmögliche: Trotz der massiven Ausschreitungen, gewährleisteten sie die Sicherheit der Staats- und Regierungschefs. Der Gipfel konnte wie geplant ablaufen. So gesehen ein Erfolg, insgesamt aber wohl eher nicht. Die Bilder von erschöpften und verletzten Kollegen, von Spezialeinheiten, die gegen Straftäter im Schanzenviertel vorgehen mussten und immense Sachschäden sind nur wenige Indizien.

Aber mit der Abreise der Staats- und Regierungschefs war der Einsatz noch lange nicht vorbei. Die Hamburger Bürgerschaft befasste sich fast ein Jahr in einem Sonderausschuss mit dem Polizeieinsatz. Alle Einsatzunterlagen mussten vorgelegt und mit Transportern ins Rathaus verfrachtet werden. In 15 Sitzungen standen die Verantwortlichen Rede und Antwort. Am Ende legte jede Fraktion eine eigene Stellungnahme vor. Einen gemeinsamen Abschlussbericht gab es nicht. Die juristische Aufarbeitung dauert an. Die Polizei Hamburg bildete nach dem Einsatz die Soko Schwarzer Block (kompakt 02|2018). Noch heute wird in ganz Europa nach Straftätern gefahndet. Derzeit werden im Zusammenhang mit dem Gipfel etwa 3 500 Ermittlungsverfahren geführt. Und das nicht ohne Erfolg, das bestätigen erste Urteile. Fortlaufend werden weitere Verdächtige identifiziert und Beschlüsse vollstreckt. Wöchentlich finden Hauptverhandlungen in den Hamburger Gerichten statt, in denen insbesondere die Verteidiger den Polizeibeamten im Zeugenstand einiges abverlangen.

Wohl kein anderer Einsatz hat die deutsche Polizei derart beschäftigt, aber auch verändert.

2017

Frontex-Einsatz auf Samos

„Kein Ende in Sicht“

Von Torsten Tamm

Mit diesen Worten schloss der Autor den Beitrag über den Frontex-Einsatz auf Samos (Griechenland) in der kompakt-Ausgabe 01|2018. Er sollte Recht behalten. Auch im Jahr 2019 hat sich die Situation auf der griechischen Mittelmeerinsel nicht merklich geändert.

Das Stadtbild von Vathy prägen neben der einheimischen Bevölkerung und den Touristen vor allem Migranten aus den unterschiedlichsten Ländern. Erst am 17. und 18. Juni 2019 erreichten weitere 154 Migranten die Insel. Die Besatzung des Kontroll- und Streifenbootes (KoSB) der Bundespolizei, BP 64 „Börde“, rettete dabei 42 Menschen aus einem Schlauchboot ungefähr fünf Seemeilen nördlich der Stadt Kokkari, darunter elf Frauen und sechzehn Kinder.

Am 1. März 2019 jährte sich der Einsatz der Angehörigen der Bundespolizei See zum dritten Mal im Rahmen der Joint Operation Poseidon Sea. Seit Beginn der Operation legten die KoSB der Bundespolizei eine Strecke von rund 88 000 Seemeilen zurück. Gemeinsam mit Booten aus Portugal und Lettland unterstützen sie die Hellenic Coast Guard beim Schutz der EU-Außengrenze zur Türkei gegen irreguläre Migration. Doch dem aufmerksamen Beobachter im Hafen von Samos fällt eines auf: Anstelle der zwei kobaltblauen Boote der Bundespolizei liegt nur ein KoSB am Liegeplatz in Vathy fest vertäut. Seit Februar 2019 reduzierte die Bundespolizei personell und materiell ihr Kontingent auf der griechischen Insel. Hintergrund ist, dass die Bundespolizei See 2019 drei neue Schiffe bekommt, auf denen die Besatzungen eingefahren werden müssen. Das Einfahrprogramm der Besatzungen auf den neuen Einsatzschiffen fordert somit seinen Tribut. Während ein KoSB in der Werft in Karlovasi liegt, bestreift das Zweite jede Nacht das Seegebiet um Samos. Auf diesem versehen, neben den Kollegen der Bundespolizei See, Angehörige der Bundeszollverwaltung, der Wasserschutzpolizei der Länder Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern sowie der Koninklijke Marechaussee (Niederlande) ihren Dienst.

Dass der Einsatz auf Samos notwendig ist, zeigen die aktuellen Zahlen seit Anfang des Jahres. Allein das Kontroll- und Streifenboot der Bundespolizei nahm 416 Migranten aus zum Teil seeuntüchtigen Schlauchbooten auf.

Wie gesagt, es ist kein Ende in Sicht …

Migranten in einem Schlauchboot

Die BP 64 „Börde“ im Hafen von Vathy (Griechenland)